

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 3 mal wöchentlich, auch Montag früh. — Bezugspreis: 10 Mark monatlich, vierteljährlich 2.90 Mark. Durch Träger und andere Vertriebsstellen frei ins Haus monatlich 1.30 Mark, vierteljährlich 4.50 Mark. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 Mark, vierteljährlich 4.20 Mark ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amliches Organ der Kgl. Polizeidirektion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Mittelstr. 11. Fernruf Nr. 2015, 2016, 2017. — Einzelverkauf: In Wiesbaden und Umgebung Postfach 25 VI., Rheingasse 1.—III.; außerhalb 20 Pf., Rheingasse 1.00 Mark. Seitenpreise: 2. Mark (mit Tarif). Sonderbeilagen 6 Mark pro 1000.

Nummer 576

Montag, 11. November 1918.

72. Jahrgang.

Der Waffenstillstand hat 11.51 Uhr begonnen.

Annahme der Bedingungen.

Berlin, 11. Nov. (Amtlich).

Gente Morgen fand eine Besprechung der Staatssekretäre statt. Nach Bekanntgabe der Bedingungen des Waffenstillstandes wurden die Bedingungen angenommen. Entsprechende Weisungen sind der Friedensdelegation gegeben worden.

Bitte an Wilson um Milderung der Bedingungen.

Berlin, 11. Nov. (Amtlich).

Bergangene Nacht ist folgende Note an den Staatssekretär Lansing nach Washington gesandt worden:

Herr Staatssekretär!

Überzeugt von der Gemeinsamkeit der demokratischen Ziele und Ideale, hat sich die deutsche Regierung an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte gewandt, den Frieden herzustellen. Dieser Friede sollte den Grundrissen entsprechen, zu denen Präsident Wilson sich stets bekannt hat. Er sollte eine gerechte Lösung aller kritischen Fragen und eine dauernde Befriedigung der Völker zum Zweck haben. Der Präsident hat seiner erklärt, daß er nicht mit dem deutschen Völkern Krieg führen und es in keiner friedlichen Einwirkung nicht behindern wolle. Die deutsche Regierung hat die Bedingungen für den Waffenstillstand erhalten. Nach einer Blockade von 50 Monaten würden diese Bedingungen, insbesondere die Abgabe der Verkehrsmittel und die Unterhaltung der Besatzungstruppen bei gleichzeitiger Fortdauer der Blockade die Ernährungslage zu einer verzweifeltsten gestalten und den Hungerstod von Millionen Männern, Frauen und Kinder bedeuten. Wir machen aber den Präsidenten Wilson hierlich und ernst darauf aufmerksam, daß die Durchführung der Bedingungen im deutschen Volk das Gegenteil der Meinung erzeugen muß, die eine Voraussetzung für den Neubau der Völkergemeinschaft bildet und einen dauerhaften Friedensfrieden verbürgt. Das deutsche Volk wendet sich daher in letzter Stunde nochmals an den Präsidenten mit der Bitte, auf eine Milderung der vernünftigen Bedingungen bei den alliierten Mächten hinzuwirken.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.
Soll.

Beginn des Waffenstillstandes.

Weg, 11. Nov. (Wolff-Tele.)

Die dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstehende hiesige Funkstation hat folgenden Funkpruch ausgesandt:

- Marshall Foch an die Oberkommandierenden:
1. Die Feindseligkeiten werden an der ganzen Front am 11. November, 11 Uhr französischer Zeit eingestellt werden.
 2. Die alliierten Truppen werden bis auf weiteres Befehl erhalten, die an diesem Tage und zu dieser Stunde erreichten Linien nicht zu überschreiten.

Marshall Foch.

Amsterdam, 11. Nov. (Wolff-Tele.)

Das Niederländische Pressebureau Radio hat einen drastischen Bericht aus Paris aufgefunden, daß der Waffenstillstand um 5 Uhr morgens französische Zeit unterzeichnet wurde und um 11 Uhr vormittags französische Zeit in Kraft trat.

Die französische Zeit ist eine Landeszeit, die sich nach Paris richtet; sie geht 51 Minuten hinter der mitteleuropäischen Zeit her. Der Waffenstillstand hat also am heutigen Montag, 11. November, um 11 Uhr 51 Minuten m. e. Z. begonnen. Die Dauer des Krieges betrug 4 1/2 Jahre und 11 Tage oder genau 224 Wochen.

Der Kaiser in Holland interniert?

Amsterdam, 10. Nov. (Wolff-Tele.)

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die holländische Regierung die Internierung des Kaisers beschlossen habe.

Berlin, 10. Nov. (Wolff-Tele.)

Der Kaiser ist mit zehn Herren seines Gefolges in Amheim (Holland) eingetroffen und wird dort in der Villa des Barons Bentinck Wohnung nehmen.

Die „Frankf. Sta.“ erfährt weiter aus dem Haag: Der Kaiser befindet sich mit Gefolge in Holland und zwar hauptsächlich in seinem Palais in der Nähe von Maartrich. Er hatte sich von Brüssel aus an den dortigen niederländischen Gesandten gewandt und durch dessen Vermittlung ge-

währt ihm die Königin sowie die niederländische Regierung Gastsfreiheit in den Niederlanden. Da die Niederlande selbst mit Beförderung den kommenden Tagen emigrieren, ist es wünschenswert, daß der Kaiser bei seinem Verbleib in den Niederlanden als ganz einfacher Privatmann lebt und daß er, falls die Königin ihm ein Schloß zum Aufenthalt überläßt, er auch dieses hochherzige Anerbieten ablehne. Es muß ferner als selbstverständlich gelten, daß sein aus Militärrecht bestehendes Gefolge sich dem Völkerrecht entsprechend hier in den Niederlanden bis zum Friedensschluß internieren läßt. Soweit wir wissen, sind bereits Schritte getan worden, nicht von niederländischer Seite, um den Kaiser von diesem notwendigen Schritt zu überzeugen.

Rücktritt Graf Roederns.

Berlin, 11. Nov. (Privat-Tele. 45.)

Der Staatssekretär des Reichsfinanzamts Graf Roedern ist gleichzeitig mit dem Kanzler am 7. November zurückgetreten.

Gegen Northcliffe.

Stockholm, 11. Nov. (Wolff-Tele.)

Die der Londoner Berichterkammer des „Alton-Label“ meldet, leitete im Unterhause Dillon, der Führer der irischen Nationalisten, eine Debatte gegen Lord Northcliffe ein. Er erklärte, daß der Artikel der Northcliffe-Presse über die Friedensbedingungen der Alliierten, der in die ganze Welt telegraphiert wurde, in Wirklichkeit der Abdruck eines offiziellen Dokuments nennenswerter Art gewesen sei. Die Regierung wäge jedoch nicht gegen Northcliffe zu tun. Dillon wurde von Corson, dem führenden Westminstermann, kräftig unterstützt; der Northcliffe auf beständige Angriff und Behauptung, er wolle Dillon vom Kriegsministerposten vertreiben, um selbst dorthin zu kommen und an der Friedenskonferenz teilzunehmen.

Die neue Regierung.

Berlin, 11. Nov. (Sig. Tele. 45.)

Die Einigung der beiden sozialistischen Parteien ist vollzogen und die Regierung gebildet. Sie besteht aus Ebert, Haase, Scheidemann, Dittmann, Landberg und Barth. Sie trat sofort in Funktion, indem sie, wie der „Vorwärts“ schreibt, eine bittere Notwendigkeit, die Waffenstillstandsbedingungen des Marschalls Foch unterzeichnete.

Der Rat der Volksbeauftragten.

Berlin, 11. Nov. (Privat-Tele. 45.)

Im Rat der Volksbeauftragten, wie sich die neue Regierung nennen wird, werden die Abgeordneten Ebert und Haase abwechselnd den Vorsitz führen. Abgeordneter Haase teilte mit, daß die Garnisonen von Döberitz und Potsdam in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrats sind.

Umwandlung in der Berliner Presse.

Berlin, 11. Nov. (T.-U. Tele.)

Die bisherige „Nordd. Allg. Ztg.“ erscheint von gestern ab unter dem Titel „Die Internationale“. Die „Berliner Allgemeine Zeitung“ (Verlag Ullstein) erscheint als Organ der Unabhängigen. Der Sächsisch-Kölnische „Kölnischer Anzeiger“ wurde von der Spartakusgruppe (Vielknecht) übernommen und führt seit Samstag den Titel „Die rote Fahne“.

Nicht nur das Wolffsche Telegraphenbüro, sondern auch das Büro der Telegraphen-Union, einer andern großen Nachrichtenorganisation, befinden sich seit Samstag in den Händen der K.- und S.-Räte, die den gesamten Nachrichtendienst kontrollieren.

Unterredung mit Reichsanzler Ebert.

Reichsanzler Ebert empfing, wie der „Vorwärts“ berichtet, einen Vertreter des holländischen News Bureau und gab ihm folgende Erklärungen:

Die Sache der Freiheit hat in Deutschland einen ihrer größten Siegestage erlebt. Deutschland hat seine Revolution vollendet. Ferner hat zwar Prinz Max, der bereits seinen Abschied eingereicht hatte, nach der Abdankung des Kaisers seine Kanzlerhaft an mich abgegeben, tatsächlich hat mich jedoch das Volk durch seinen unmittelbaren Willensakt zum Kanzler gemacht. Wir haben schon tatsächlich die Macht in den Händen gehabt, ehe die Vertreter der alten Herrscherwelt sie uns übertrugen. Diese Entwicklung hat sich in Deutschland seit Kriegsbeginn von langer Hand angebahnt und wäre wohl bei jedem Friedensschluß alsbald zum Ausdruck gekommen. Aber jetzt wird wohl auch der Zweifellosigkeit erkennen, daß es mit dem Monarchismus und dem Imperialismus endgültig vorbei ist. Die deutsche Republik

wird keinen größeren Schock kennen als den, die Deutschen in schaffender Friedensarbeit zu empfangen. Die konstituierende Nationalversammlung der deutschen Republik wird eine Regierung einsetzen, die so genau, wie das menschlich überhaupt möglich ist, dem Volkswillen entspricht. — Auf die Frage, ob das neue republikanische System noch größere Kämpfe zu bestehen haben würde, ehe es sich endgültig festsetzen könnte, antwortete Reichsanzler Ebert: Unser Sieg ist fast unblutig, ich würde fast sagen leicht und vollständig gewesen. Daß die alten Gewalten sich noch einmal um Kampf um die Macht stellen könnten, scheint mir gänzlich ausgeschlossen. Deutschlands künftige Staatsform ist die Republik, und der freie deutsche Volkswille wird sich gänzlich fühlen, im Völkerverband der freien Nationen ein gleichberechtigtes Mitglied zu werden.

Aufrufe.

Verpflegung der Front.

Berlin, 10. Nov. (Wolff-Tele.)

Der Reichskanzler erläßt folgenden Aufruf:

An Alle!

Die Verpflegung unserer Kameraden an der Westfront ist in größter Gefahr. Gerade im gegenwärtigen Augenblick muß sie unbedingt aufrecht erhalten werden. Das sind wir unseren Kameraden schuldig. Jede Plünderung oder Beschlagnahme ruhender oder auf dem Transport befindlicher Verpflegungs- und Futtermittel, die für das Feldheer bestimmt sind, jede Ablenkung oder Verzögerung von Transporten und jede Unterbrechung der Verladearbeiten bei den Eisenbahnen mit dem Verpflegungsnachschub betrauten militärischen Stellen muß daher unter allen Umständen unterbleiben.

Seht Euch mit aller Kraft für diese Aufgabe ein.

Der Reichskanzler: gen. Ebert.

An das Heimatheer.

Berlin, 11. Nov. (Wolff-Tele.)

Der Waffenstillstand steht vor der Tür! Der Friede wird ihm folgen! Der Augenblick naht, wo das Blutvergießen ein Ende hat!

Auch in der Heimat wurde trotz der tiefereisenden Umwälzungen das Blutvergießen fast ganz vermieden. Die Männer der neuen Regierung erklären, daß Ruhe und Ordnung unter allen Umständen aufrecht erhalten werden sollen. Dann muß auch das Feldheer und das Heimatheer mit allen Kräften mitwirken. Nur dann kann die ordnungsmäßige Durchführung des Feldheeres und die Entlastung der Mannschaften stattfinden. Nur dann auch die Ernährung von Volk und Heer wieder gesichert werden. Der Bürgerkrieg muß vermieden werden. Alle militärischen Dienststellen haben ihre Dienstgeschäfte unverändert weiterzuführen. Die Bildung von Soldatenräten und die Beteiligung dieser Soldatenräte an der Abwicklung des Dienstes ist bei allen Formationen durchzuführen. Ihre Aufgabe ist bei der Einrichtung des Ordnungs- und Sicherheitsdienstes mitzuwirken und das enge Einvernehmen zwischen Mannschaften und ihren Führern herzustellen.

Von der Waffe sollen Angehörige des eigenen Volkes nicht nur in der Heimat, sondern bei gemeinsamen Beobachtungen oder zur Verhinderung von Plünderungen Gebrauch zu machen.

Ebert, Reichskanzler, Reichsminister des Innern.

Mitglieder des Reichstags.

Der Umchwung.

Die bisherigen Kundgebungen des Arbeiter- und Soldatenrates lassen erkennen, daß er mit dem ganzen Ernste seiner verantwortlichen Aufgabe sich bewußt, die Ruhe und Ordnung und damit die Sicherheit für Person und Besitz aufrecht zu erhalten. Diese Erkenntnis macht es allen Bürgern und Soldaten, auch wenn sie sich mit dem Umchwung der Dinge nicht einverstanden erklären, zur Pflicht, sich den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates zu unterwerfen, wie es die Behörden bereits getan haben, und seinen Maßnahmen willige Gehör zu schenken. Wir rufen dies gerade in dem Augenblicke allen zu, da die Anerkennung der Waffenstillstandsbedingungen eine tiefgehende Erregung in die Gemüter getragen hat. Keine Erregung auf die Straße tragen; wer die Trauer um das nationale Unglück wirklich tief empfindet, der wird sie in seinem Herzen tragen, nicht aber auf der Zunge. Wir müssen über diese schreckliche Zeit charakteristisch hinwegkommen. Denken wir an Friedrichs des Großen Wort: „Es kommt niemals so gut, wie man es hofft, aber auch niemals so schlimm, wie man es befürchtet.“

Die Fortentwicklung der Umwälzung geht schnell vor sich. Jetzt liegen auch aus allen anderen Garnisonen Deutschlands Meldungen von der Bildung von K.- und S.-Räten vor. Weitere Ausbrüche der Republik und Abteilungen der Donaufront erfolgen in Sachsen, Baden und Oldenburg.

Wir geben im Besonderen folgende Meldungen wieder:

Straßenkämpfe in Berlin.

Berlin, 11. Nov. (Privat-Tele. 45.)

Der „Vorwärts“ berichtet: Die Linden, ein Teil der Friedrichstraße, die Gegend um das Schloß und um den Reichstag waren gestern der Schaulas andauernder Kämpfe.

Schon früh um 8 Uhr waren von der Kuppel des Nischengebäudes am Bahnhof Friedrichstraße Schüsse auf das Publikum abgegeben worden. Gegen 1 Uhr mittags wiederholte sich von neuem die Schierei. Der größte Teil der Linden, der benachbarten Seitenstraßen zur Friedrichstraße wurden in den Kampf verwickelt. Einzelne Schüsse, sowie ganze Schichten in die Volkswägen ein. Unsere Truppen rückten mit Maschinengewehren und Geschützen vor, die betreffenden Gebäude konnten aber nicht genommen werden, da von den hinterhältigen Schützen nichts zu erwarten war. Schüsse gegen die Linden spielten sich vor dem Schloß und um das Reichstagsgebäude ab. Die Linden mußten in ihrem wesentlichen Teil vom Verkehr frei gehalten werden, weil auch hier aus verschiedenen Häusern geschossen wurde. Gegen Abend kam es am Gendarmenmarkt und am Werderischen Markt zu Schiereien.

Die Kämpfe um den Markfall.

Berlin, 11. Nov. (Privat-Tele., 38.)
Um 7 Uhr verbreiteten sich unter den Linden Gerüchte, daß der Markfall von der Volkswägen feindlich gehaltenen Offizieren, Jugendwehr und Radetten besetzt sei und daß aus dem Gebäude geschossen werde. Es stellte sich heraus, daß eine Gruppe von Offizieren, die von der Menge aufgefordert worden waren, Kolonnen und Kesselringe abzulegen, sich geweigert hatten. Darauf kam es zu einem Zusammenstoß mit der Menge. Die Offiziere flüchteten in den Markfall, bemächtigten sich dort stehender Maschinengewehre, und es entwickelte sich zwischen ihnen und der anstürmenden Menge ein Kampf, der eine Stunde dauerte. Es wurde mit Maschinengewehren, Infanteriegewehren und Revolvern geschossen. Eine Abteilung von Revolverkämpfern forderte die Anführer auf, sich zu ergeben, was verweigert wurde. Als man darauf die Tore des Markfalls in der Breiten Straße gewaltsam öffnete, gingen im Innern die Maschinengewehre los. Die Angreifer gingen zurück. Die Weststraße wurde von den Verteidigern des Markfalls abgeperrt. Um eine Stunde später wurde der Angriff erneuert, und der Markfall in kurzem Straßenkampf wieder genommen. Um 10 Uhr abends nahm der Straßenkampf nicht nur in der Breiten Straße, sondern auch in der Brüderstraße und auf dem Schloßplatz größeren Umfang an. Es wurde hierauf, hiesig aus Gewehren und Maschinengewehren Kampf geschossen. Auch schienen kleinere Geschäfte in Tätigkeit gewesen zu sein.

Ueber die Vorgänge in der Markhäckerkaserne in Berlin

meldet der Arbeiter- und Soldatenrat: Gegen 12 Uhr (am Samstag mittags) kam ein Demonstrationzug zur Markhäckerkaserne, der von den Soldaten mit dabei begriffen wurde. Sie riefen man solle sie herauslassen. Sie seien eingesperrt und würden von Wachmannschaften aus Weisklee verdrängt, die Kaserne zu verlassen. Mit Hilfe der beim Zuge befindlichen freiwilligen Soldaten erbrach man die Türen. Vor einer der letzten Türen schloß ein Offizier ab. Genosse Haberlosch, der Führer der Berliner Jugendbewegung der Markhäckerkaserne bei Schwarzlopp, 23 Jahre alt, ein Arbeiter der A. G. O. und ein Arbeiter von Schwarzlopp hat tot. Ein anderer Arbeiter wurde leicht verwundet. Haberlosch wurde zu einem Arzt gebracht, der aber nur noch den Tod feststellen konnte. Wir beklagen in ihm einen der tüchtigsten und aufopferungsvollsten unter den jüngeren Genossen, die während der Krise die Jugendbewegung aufrecht erhielten. Ein Teil der „Markhäcker“ schloß sich den Demonstrationen an, ein anderer Teil, meist verwundet, blieb in der Kaserne, während der Rest mit geklümmtem Rucksack „auf Urlaub“ nach Hause fuhr.

Die rote Fahne auf dem Schloß in Berlin.

Berlin, 11. Nov.
Der Arbeiter- und Soldatenrat meldet: Carl Lieblin erhebt heute am Sonntag die rote Fahne auf dem Schloß. Auch vom Brandenburger Tor weht die rote Flagge. Es herrscht bei der Bevölkerung großer Jubel.

Keine Truppen im Anmarsch auf Berlin.

Berlin, 11. Nov. (Privat-Tele., 38.)
Das Oberkommando in den Marken stellt fest, daß an den Gerüchten, es seien Truppen im Anmarsch auf Berlin, um die alten Zustände wieder herzustellen, kein wahres Wort ist.

Das Berliner Polizeipräsidium.

Berlin, 11. Nov. (Privat-Tele., 38.)
Das Berliner Polizeipräsidium wird von dem unabhängigen Sozialdemokraten E. H. Horn verwaltet. Der gesamte Sicherheitsdienst von Groß-Berlin ist ihm unterstellt. Die „Internationale“ (bisherige „Rote“, 11. Stg.) meldet: Der Landtagsabgeordnete Paul Hirsch (Schweidmannsche Richtung) wurde vom Arbeiter- und Soldatenrat zum Polizeipräsidenten von Berlin gewählt.

Zum ersten Kommandanten von Berlin wird der Abg. Weiss ernannt. Oberst Schwerk bleibt zweiter Kommandant. Als Mitglied des Soldatenrates wird Dr. Pressin der Kommandantur und Abg. Schäpflin dem Oberkommando in den Marken anvertraut. Kriegsminister Schenk, Unterstaatssekretär Goebbe.

Berlin, 11. Nov. (Privat-Tele., 38.)
Gestern vormittag 11 1/2 Uhr war die Ruhe wieder hergestellt. Die Absperrungen sind aufgehoben. Die Straße ist von Spaziergängern belebt.

Freilassung der Kriegsgefangenen in Berlin.

Berlin, 10. Nov. (Wolff-Tele.)
Sämtliche Kriegsgefangene dürfen heute, Sonntag, zum erstenmal frei ausgehen. Ihr freies unangewandtes Leben belebt das Berliner Straßenbild in charakteristischer Weise.

Die Götter Griechen.

Berlin, 11. Nov. (Wolff-Tele.)
Laut Mitteilung des Arbeiter- und Soldatenrates wurde im Laufe des gestrigen Tages die Entwaffnung der hier befindlichen Griechen vorgenommen, die ohne Zwischenfall vor sich ging. Ueber ihr ferneres Verbleiben werden zurzeit Verhandlungen gepflogen.

Bayern.

München, 11. Nov. (Wolff-Tele.)
Der Kriegsminister ist zum König nach Schloss Wildenwacht gefahren, um für die Offiziere und Mannschaften die Entbindung vom Wehrdienst zu erreichen. Der Generalleutnant Graf Perchtold ist entlassen. Die Beamten arbeiten auf Erlaß des Arbeiter- und Soldatenrates weiter. Die Ernährungsverhältnisse sind nicht geklärt. Es herrscht Ruhe.

Rückführung polnischer Arbeiter.

Schiff a. M., 11. Nov. (Privat-Tele., 38.)
Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Geschäfte der Stadt und des Landratsamts übernommen. Infolge der Einschränkung der Nahrungsbetriebe in den Handwerken wurden gestern die dort seit Jahre lang Beschäftigten, nahezu 1000 polnische Arbeiter entlassen und sofort in ihre Heimat zurückbesördert. Auch die Heimbesörderung der belgischen Arbeiter und Arbeiterinnen steht unmittelbar bevor.

Aufrechterhaltung des Verkehrs.

Berlin, 11. Nov. (Wolff-Tele.)
Der Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit: Ueber 10000 Eisenbahnarbeiter und Angestellte legten heute im Hirschbusch und an anderen Stellen und nahmen einstimmig folgende Resolution an: Die deutschen Eisenbahner erklären, mit allen Kräften für die Aufrechterhaltung des Verkehrs Sorge tragen zu wollen. Sollten sich gegenrevolutionäre Bewegungen zeigen, so wird der Verkehr sofort eingestellt werden.

Der Soldatenrat an der Westfront.

Bei Hindenburg.
Berlin, 11. Nov. (Wolff-Tele.)
Das Große Hauptquartier teilt dem Soldatenrat folgenden mit: An der Westfront ist ebenfalls ein Soldatenrat gebildet. Die Bildung ist in Ruhe verlaufen. Der Soldatenrat wird morgen mit Hindenburg in Verbindung treten und dieselben seine Forderungen vorlegen.

Anschluß der Deutsch-Oesterreicher.

Wien, 11. Nov.
Der Staatsrat hat gestern abend einstimmig den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland beschlossen.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 11. November.
Die Umwälzung in Wiesbaden.

Der Arbeiter- und Soldatenrat acht und folgendes offizielle Verbot an:
Die Umwälzung in Wiesbaden setzte am Samstag abends mit zwei öffentlichen Versammlungen im Gewerkschaftshaus und in der Bariburg ein, in denen die beiden Richtungen der sozialdemokratischen Partei die Gemeinsamkeit des Handelns verkündeten. Im Laufe des Tages hatte sich aus den Truppenteilen 1. Regt. und Landwehr-Regt. 80 der Soldatenrat gebildet. Ebenso war der Arbeiterrat gebildet worden. In einer gemeinsamen Sitzung am Sonntag vormittag bildeten der Arbeiter- und Soldatenrat gemeinsam den Aktions-Ausschuß für Wiesbaden-Stadt und Land. Dem Aktions-Ausschuß gehören an: Schlitz vom 1. Regt. 80, Lindig vom Landwehr-Regt. 80 und Spies von der Matrosen-Abteilung. Haese und Götner vom Arbeiterrat. Zum Kommandanten für den Stadt- und Landkreis Wiesbaden wurde Leutnant Schlitz bestimmt. In gemeinsamer Beratung des Arbeiter- und Soldatenrates wurden die Richtlinien des Handelns festgelegt. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung übernahm der Soldatenrat, der sich in einem Aufruf an die Bevölkerung wendet, indem vor allem die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung betont wird. In Anbetracht der Tatsache, daß die Bevölkerung bisher musterhafte Ordnung und Ruhe bewahrt hat, konnte von Maßnahmen, wie sie in Hamburg und anderen Städten getroffen werden mußten, Abstand genommen werden. Es wird auch weiter erwidert, daß die Bevölkerung hier Ruhe bewahrt und so der Arbeiter- und Soldatenrat der Notwendigkeit überhoben wird, einschneidende Maßnahmen an treffen. Die das Wirtschaftsleben sehr hart beechträchtigen mühen.

Einbruch und Diebstahl. Gestohlen mittels Einbruch wurden in der Dohmerstraße eine Kasse, eine Wanne und vier Kisten. Die Kasse wurde an Ort und Stelle abgeschloßt. — In einem Schlüsselloch wurde von einem Diebstahl und einem Soldaten die Tartschke in Höhe von 145.00 Mark gestohlen. — Einbruch wurde in ein Anwesen an der Frankfurter Straße. Dasselbe wurden zwei Kisten gestohlen. Gestohlen wurden ferner mittels Einbruch zehn Stahlhaken, ein belgisches Messer, fünf schwarze, fünf weiße, drei blaue Wiener, und zwei schwarze, Amedienliche Mittelungen, die zur Ersaffung der Täter führen können, sind an die Polizeidirektion, Zimmer 4, zu richten.

Kurhaus, Theater, Vereine, Vorträge, usw.
Königliche Schauspiel. Eingetretener Sinderisse halber gekannt heute (Montag) statt der angekündigten Vorstellung „Die Frau von Messina“ Schillers Trauerspiel „Kabale und Liebe“ im Monogramme C zur Aufführung. Die Vorstellung beginnt bereits um 8 1/2 Uhr.

Volkswirtschaft.

Einstweilige Schließung der Börse.
Berlin, 11. Nov. (Wolff-Tele.)
Der Börsevorstand hat beschlossen, daß Börsenverhandlungen einstellend nicht stattfinden sollen. Die Wiedereröffnung der Börse wird bekanntgegeben.

Schlichtung: Bernhard Grothaus.
Verantwortlich für den Inhalt und den Inhalt: H. Grothaus; für Kunst, Bildschaff, Unterhaltung- und volkswirtschaftlichen Teil: H. G. Eisenberger; für Stadt- und Landnachrichten, Gericht und Sport: L. R. Hans Gänse; für die Anzeigen: Joh. Bahler (einstweilig in Wiesbaden).

Wetterbericht der Wetterdienststelle Weilburg.

Vorausichtliche Witterung für Dienstag, 12. November.
Reicht trübe und vielfach neblig, doch ohne erhebliche Niederschläge, milder.
Wasserstand: Gaub 1.25, Weilburg 1.36 Meter.

Am 7. November d. J. verschied zu Biebrich a. Rh.
Herr Sanitätsrat Dr. Schaefer.
18 Jahre hindurch hat er ehrenamtlich als Hausarzt mit seiner reichen Kenntnis, seiner frohen Arbeitskraft, seiner wohlthuenden Beratung den Damen des Heims beigetragen und sich unvergesslichen Dank in aller Herzen gesichert. Sein Andenken wird im Heim dauernd in Ehren fortleben.
Wiesbaden, 9. November 1918.
Das Kuratorium des Königin-Luise-Gedächtnisheims
Führ. v. Wilmowski, Vorsitzender. [1075]

Allgemeine Ortskrankenkasse.
Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß Mitglieder mit Familienangehörigen verpflichtet sind, einen Anzeigebogen von monatlich M. 1.50 an die Kasse einzusenden. Hierfür gewährt die Kasse Krankenbills an diese Angehörigen. Wer mit Zahlung der Beiträge zwei Monate im Rückstande bleibt, kann Anfordrungen auf Familienbills nicht geltend machen. Bei Rückzahlung der Rückstände hebt der Anspruch nach einer Wartezeit von 6 Wochen wieder auf.
Der Kassenvorstand.

Sonnenberg. — Bekanntmachung
Wesentliche Erinnerung wegen Einzahlung von Gemeindeabgaben
An die Einzahlung der rückständigen Gemeindesteuern, sowie der sonstigen Gemeindeabgaben, insbesondere Holzgeld und Wasserzins wird hiermit öffentlich erinnert. Es wird gebeten, die Einzahlung bis 12. November 1918 bei der Gemeindekasse hier selbst zu bewirken oder durch Ueberweisung auf Postkontos Nr. 8287 oder Einzahlung auf Konto Nr. 337 bei der Nassauischen Landesbank.
Weitere Mahnung ergeht nicht. Für den Fall der Nichtbeachtung unserer öffentlichen Mahnung wird mit der Pfändung am 13. November 1918 begonnen.
Sonnenberg, den 6. November 1918. [1070]
Der Gemeindevorstand.
Kascht. Bürgermeister.

Wiesbaden
Kirschgasse 52
Telephon 6599

Pferde-Verkauf
im Liquidationswege im k. k. Pferdefeldhospital Nr. 74 auf der Erbenheimer Rennbahn von ca.
500 Pferden und Fohlen
findet statt am
13. November 1918 um 8 Uhr früh.
*1655

Die Zinscheine für 1919
von den als Sicherheit für Lieferungen, Straßendanknoten usw. bei der Stadtkassendirektion hinterlegten Wertpapieren können vom 11. November ab von den Empfangsberechtigten vormittags von 8 1/2 bis 12 1/2 Uhr, Zimmer 2, Schalter 2, in Empfang genommen werden.
Wiesbaden, den 8. November 1918. [1073]
Stadtkassendirektion.
Sonnenberg. — Bekanntmachung
Verpachtung von Grundstücken.
Auf Antrag des Grafen Wilhelmine Diebler und Mitbesitzer in Sonnenberg sollen drei Grundstücke belegen am Lettenberg, am Klappenheimer Weg und am Rüsselberg am Mittwoch, den 13. November, abends 8 Uhr im Rathausaal in Sonnenberg öffentlich an den Meistbietenden verpachtet werden. Die Pachtbedingungen liegen im Rathaus, Zimmer 3 vom 11. Nov. 1918 ab zur Einsicht der Beteiligten bereit.
Sonnenberg, den 8. November 1918. [1072]
Der Ortsbürgermeister, Buchelt

Sonnenberg. — Bekanntmachung
Beitritt: Zuweisung von Einmader.
Von der Reichsgüterversteigerung sind nachträglich für jeden verpachtungsberechtigten Einwohner 500 Gramm Einmader zu bewilligt worden. Die Ausgabe dieser Sonderkarten erfolgt am Mittwoch, den 13. November 1918, im Lebensmittellager, Wiesbadener Straße 24 in folgender Reihenfolge nach den Kartennummern:
301 bis 400 von 8 bis 9 Uhr vormittags
401 bis 600 von 9 bis 10 Uhr vormittags
601 bis 800 von 10 bis 11 Uhr vormittags
801 bis 1000 von 11 bis 12 Uhr vormittags
1001 bis 1200 von 3 bis 4 Uhr nachmittags
1201 bis 1400 von 4 bis 5 Uhr nachmittags
1401 bis 1656 von 5 bis 6 Uhr nachmittags
Lebensmittellagerversteigerung ist porausgefallen! Wer dieser unbedrücklichen Bitte nicht entspricht, muß wegen der fehlenden Kontrolle leider zurückgewiesen werden.
Sonnenberg, den 8. November 1918.
Der Bürgermeister, Buchelt